

Haushaltsrede 2025

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Thorsten Walter,

ich möchte mich zunächst beim ganzen Team der Kämmerei für die viele Arbeit bedanken, die in diesem Haushalt steckt. Ein so detailreiches Zahlenwerk zusammenzutragen ist ein unglaublicher Aufwand. Es für uns im Rat aufzubereiten und damit unsere Arbeit zu ermöglichen, kostet viel Zeit und Mühe. Das sehen und schätzen wir sehr.

2025 bleibt vieles konstant. Kindergärten und Schule sind nicht nur ausfinanziert, es sind sogar Mittel eingeplant, um Krippenplätze auszubauen. Wir schaffen sowohl mit dem LF10 ein neues Fahrzeug für die Feuerwehr an wie auch ein Mehrzweckboot. Wir freuen uns, dass dieses Jahr bei der Feuerwehr eine Damenumkleide und -dusche eingebaut wird. Die Planung hierfür stammt aus dem eigenen Haus. Für dieses Projekt haben wir Grünen uns immer stark gemacht. Wir haben Mittel für einen weiteren Trinkwasserbrunnen, für die Haltestelle Feudenheimer Straße, die endlich überdacht wird, und für die Anbindung von Radwegen. Das ist gut.

All das tragen wir mit und wir könnten diesem Haushalt zustimmen.

Dennoch stellt dieser Haushalt einen Paradigmenwechsel dar. Vor zehn Jahren fällte der Gemeinderat den Grundsatzbeschluss, für 10 Mio € ein kombiniertes Hallen- und Freibad zu bauen. Der Versuch, diesen Grundsatzbeschluss mit einem Bürgerentscheid aufzuheben, scheiterte leider. Schon damals hatten aber auch viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen wegen der hohen Kosten des Projektes.

2018 scheiterte die Umsetzung des Projektes am berechtigten Einspruch des Kommunalrechtsamtes. Die damals geplante Verpflichtungsermächtigung im Haushalt wurde nicht genehmigt. Man entschied sich daraufhin, in zwei Tranchen Hallen- und Freibad direkt nacheinander zu bauen. Im Gemeinderat glaubte man so, nach und nach die kleineren Tranchen genehmigt zu bekommen.

Im aktuellen Jahr steht das Bad erstmals nicht nur in der Mittelfristigen Finanzplanung. Der aktuelle Haushalt sieht den Baubeginn des Hallenbades vor. 2028 soll es in Betrieb gehen. Vom Freibadteil ist nicht nur bis 2028 nichts zu finden. Er soll auch 2029 nicht gebaut werden. Auch wenn hier alle betonen, man wolle selbstverständlich weiter ein Freibad anbauen, haben nicht nur wir Zweifel, ob das je geschehen wird. Viele Leute glauben nicht mehr daran und wir befürchten, damit haben sie Recht. Wir haben in den Haushaltsgesprächen vorgeschlagen, offen über unsere Optionen zu sprechen. Ein Freibad wäre sicher die attraktivere Alternative und auch die deutlich kostengünstigere. Nach dem Verlauf der Diskussion verzichteten wir darauf, diese attraktivere Möglichkeit heute als Antrag zur Wahl zu stellen.

Das Bad hat leider einen sehr hohen Preis. Damit sich der nicht in der geplanten Verschuldung niederschlägt, muss für den Bau unser Tafelsilber verkauft werden. Unsere Grundstücke in der Sichelkrümme, in der Kanzelbachstraße und am Hallenbad sollen zu Baugebieten werden.

In der Sichelkrümme (hinter dem Friedhof-Nord) sollen Grundstücke verkauft werden. Schon dieses Jahr wird mit Erträgen von einer Mio € gerechnet. Wir glauben schlicht nicht, dass bei einem am Boden liegenden Immobilienmarkt so schnell verkauft werden kann. Ob der angenommene Bodenrichtwert, also der geplante Preis, überhaupt erzielt werden kann ist auch fraglich. Die Preise steigen ja nicht gerade. 2026 sind weitere Erlöse von 3,615 Mio € geplant. Da stellen sich die gleichen Fragen wie für 2025.

Das Hallenbadgelände soll ebenfalls verkauft werden. Hier muss zunächst die Heizungsanlage für die Neckarhalle neu gebaut werden. Bisher werden Hallenbad und Halle gemeinsam beheizt. 2026 soll die Heizung fertig sein und im gleichen Jahr sollen schon 1,26 Mio € für Grundstücksveräußerungen fließen, weitere 6,09 Mio € dann 2027. Auch das im gleichen, schwierigen Marktumfeld.

In der Kanzelbachstraße stellt es sich ganz ähnlich dar. Es soll gebaut werden. Man will Grundstücke verkaufen. Es muss noch eine Lösung fürs JUZ gefunden werden, und dass 2026-2028 tatsächlich Einnahmen in Millionenhöhe erzielt werden, ist ebenfalls eine sehr optimistische Annahme.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, dass die in der mittelfristigen Finanzplanung kalkulierten Verkaufserlöse der Grundstücke aufgrund der optimistischen Zeitplanung sehr risikobehaftet sind.

Der erste Entwurf der Mittelfristigen Finanzplanung wurde abgeändert, um das darin ausgewiesene Defizit sowie die für das Bad notwendige Verschuldung abzusenken. Um dieses Ziel zu erreichen, soll nun die Grundsteuer B ab 2026 um 20% angehoben werden. Dieser Tage haben alle Bürgerinnen und Bürger ihre Grundsteuerbescheide bekommen. Für manche war das angenehm, für andere eher nicht. Auf diesen Bescheid kann nun jeder voraussichtlich ein Fünftel draufrechnen. Auch wenn gern behauptet wird, dies hätte nichts mit den laufenden Kosten fürs Bad zu tun, die ab 2028 anfallen, sehen wir das anders. Die Erhöhung ist nur ab 2026 angedacht, damit man die geplante Verschuldung noch geringer ausweisen kann. Hierfür rechnet man nun unter anderem auch mit jährlich deutlich steigenden Gewerbesteuereinnahmen.

Für den Bau des Bades wird viel Geld ausgegeben, das wir noch nicht haben. Wenn die Verkäufe nicht so schnell erfolgen wie geplant, nicht den Preis erzielen, wie geplant, wenn die Gewerbesteuer nicht zunehmen wie angenommen, dann steigt unsere Verschuldung gegenüber der Planung um ein Mehrfaches.

Dafür bekämen die Bürgerinnen und Bürger ein Hallenbad statt eines attraktiven Freibades. Zusätzliche Projekte, die notwendig sein werden, wie zum Beispiel der Erhalt unserer Straßen, Klimaneutralität bis 2035 oder die digitale Modernisierung unserer Verwaltung werden so kaum zu finanzieren sein. Wir haben große Sorgen, dass unsere Freiwilligen Leistungen, wie Bibliothek oder die Unterstützung unserer Vereine in Zukunft aufgrund von Sparzwängen jedes Jahr auf den Prüfstand gestellt werden. Wir sind weiterhin tief besorgt darüber, dass dieser Haushalt ein Projekt vorsieht, dessen Ausfinanzierung zahlreiche Schwachstellen hat und das unsere Handlungsfähigkeit in Zukunft einschränkt.

Wir können diesem Haushalt aus genannten Gründen nicht zustimmen und appellieren an unser Kommunalrechtsamt, einen sehr kritischen Blick darauf zu werfen.